

Multikulti auf der Sommerwiese in Wiesbaden



Hallo PI, ich bin gestern in Wiesbaden an der Sommerwiese vorbeigekommen und habe dabei dieses Foto geschossen. Ich denke es spricht für sich selbst.

(Eingesandt von Mike S.)



Quo vadis, Austria?



Der Übergang vom Rechtsstaat in die Diktatur vollzieht sich nicht abrupt. Er kommt, wie alle historischen Tatsachen bezeugen, auf leisen Sohlen. Im Sinne einer übergeordneten Staatsdoktrin (z.B. Sozialismus, Multikulturalismus) sind sukzessive Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, zuallererst der Meinungs- und Redefreiheit, unerlässlich und mithin die Vorboten von Meinungstyrannie und der Aufhebung der Gewaltenteilung. Die einstmals unabhängige Justiz wird scheibchenweise zerlegt und zum Instrument politischer Machtfülle. Mehr noch als Deutschland ist Österreich derzeit am Scheideweg.

Dort schreitet die [„Freislerisierung der Justiz“](#) im Namen der gesellschaftlichen Islamisierung und der Multikulti-Staatsdoktrin rasanter voran, als in anderen Ländern. Der [Fall Susanne Winter 2009](#) war nur der Anfang einer verhängnisvollen Entwicklung, die geradewegs in den totalitären Staat führt.

Nun ist ja keinesfalls so, dass die beteiligten Akteure sich der Multikulti-Doktrin freiwillig unterwerfen oder sie mehrheitlich unterstützen würden. Kein Politiker wird aber seine Parteikarriere opfern, kein Journalist wird freiwillig seinen Job riskieren und kein Nachwuchsjurist wird sich die Beförderung vermessen wollen, indem er sich gegen die vorherrschende Staatsideologie stellt. Notfalls auch gegen seine eigene Überzeugung. Willfähige Mitläufer gab und gibt es zu allen Zeiten und in jeder Diktatur.

Dass europaweit nominell unabhängige Gerichte von Staats wegen instrumentalisiert werden um die Meinungsfreiheit unter

Vorwänden wie „Majestätsbeleidigung“ „Staatssicherheit“, „Diffamierung von Religionen“, oder auch „Beleidigung des Türkentums“ beschränken und somit auf lange Sicht abschaffen, dürfte nicht erst seit den Schauprozessen gegen Hrant Dink, Susanne Winter, Geert Wilders oder Elisabeth Sabaditsch-Wolff (PI berichtete [hier](#), [hier](#) und [hier](#)) klar sein.

Die österreichische Nachrichtenagentur APA berichtet heute:

Islamfeindliche Passagen in einem im Vorjahr abgehaltenen Seminar der FP-Parteiakademie könnten nun erste Konsequenzen haben. Der für die staatliche Akademieförderung zuständige Beirat im Bundeskanzleramt hat am Dienstag die Rückforderung dafür verwendeter Fördermittel empfohlen. Formal beschließen muss das allerdings die Regierung im Ministerrat. Die FPÖ will die Causa vor Gericht ausfechten.

Man beachte: Es gibt bisher nur eine Anzeige wegen „Verhetzung“ gegen Elisabeth Sabaditsch-Wolff, nur laufende Ermittlungen, keine Anklage, kein Prozess, keine Verurteilung. Der islamophile [Standard](#) beschreibt die Gesetzeslage in diesem Fall richtigerweise so:

Im April schob das Kanzleramt mit einer Gesetzesnovelle verhetzenden Aktivitäten von Parteiakademien den Riegel vor. Damals wurde beschlossen, dass bei Verurteilungen wegen Verhetzung die Fördermittel teilweise oder in voller Höhe zurückgefordert werden –

Eine Verurteilung hat nicht stattgefunden (geschweige denn eine Anklage), dennoch hat man beschlossen, die [eigens geschaffene Lex Sabaditsch](#) schon vorher unabhängig vom Ausgang des Verfahrens anzuwenden. Das kann nur zweierlei bedeuten: Entweder ist die APA-Meldung falsch oder die Politik gibt der Justiz die Vorgaben wie in Nordkorea.

Es soll also in jedem Fall ein Prozess und eine Verurteilung

erfolgen. Würde man erst einen möglichen Strafprozess abwarten, so spräche dies für Unabhängigkeit. Die Vorwegnahme eines noch nicht gefällten Urteils zur Begründung einer Rückforderung bedeutet also, dass das Urteil längst gefällt ist, und zwar im österreichischen Justizministerium. Und wenn man schon mal dabei ist, dann fordert man von der FPÖ gleich prophylaktisch noch Fördermittel für andere Projekte wie z.B. für einen Europa-kritischen Comic zurück. Kritik an der EuSSR ist nämlich für die Dressur-Eliten fast genauso schlimm wie Kritik am Islam.

Weiter in der Meldung:

Stattgefunden hat das umstrittene Seminar am 15. Oktober und am 12. November 2009. Die Vortragende setzte den Islam mit Fanatismus, Extremismus und „Islamofaschismus“ gleich und bezeichnete den Koran als „böse“. Es gebe keinen „Islamismus“, sondern nur den seit Jahrhunderten praktizierten reinen Islam, so die Vortragende: „Aber wir müssen uns schon im Klaren sein, der Islam an sich bleibt jedoch feindselig, die Doktrinen des Islams, der Inhalt des Korans ist feindselig.“

Dass es keinen „Islamismus“ sondern nur „den Islam“ gäbe, hat unter anderem auch der türkische Ministerpräsident Erdogan mehrfach öffentlich erklärt, ohne dass er deswegen angeklagt wurde. Und dass der weltweit gepredigte und praktizierte Islam in seinem Wesen nicht feindselig gegenüber den „Ungläubigen“ sei, mag ja noch nicht mal ein populärer islamischer Fernsehprediger wie Qaradawi behaupten.

Aber hier geht es um mehr. Es geht um die Grundfesten der multikulturellen Meinungstyrannie. Werden diese durch das Aussprechen der Wahrheit untergraben, so darf die angehende Diktatur sich keine Blöße geben. Die Multikulti-Staatsdoktrin muss mit allen Mitteln verteidigt werden, eben auch auf Kosten des Rechtsstaats. Oder um es mit den Worten der

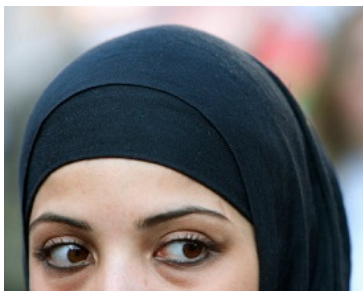
Menschenrechtsaktivistin und Repräsentantin der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE), [Elisabeth Sabaditsch-Wolff](#), zu sagen:

Die Frage lautet nicht mehr, ob eine politische Maßnahme im Interesse des Volkes getroffen wird. Stattdessen gibt es eine Verschiebung dessen, was gesagt werden darf. Akzeptable Äußerungen sind auf das beschränkt, was fast schon religiös akzeptiert ist.....Studien, Beweise, Fakten und klares Denken werden als irrelevant betrachtet. Nur die multikulturelle Ideologie zählt.

Quo vadis Austria? Es dürfte spannend werden. Es lässt uns einen Blick auf die Zukunft Europas erhaschen. Und sage dann nachher niemand: Ja wenn wir das nur gehnt hätten!

(Foto oben: Elisabeth Sabaditsch-Wolff 2010 in Washington DC)

Selbstmordrate unter jungen Türkinnen sehr hoch



Die Selbstmordrate unter jungen türkischen Frauen ist doppelt so hoch wie unter Deutschen. GrünInnen und LinkInnen macht das nichts aus. Allein das Thema anzusprechen, gilt als Rassismus! Schließlich handelt es sich um schützenswerte „kulturelle“ Besonderheiten.

Die WAZ [berichtet](#):

Die Hoffnung stirbt zuerst. Die Hoffnung auf ein Leben ohne Gewalt und Repressalien, ohne mittelalterlich anmutende Wertvorstellungen. 2010 erscheint die Lebenswirklichkeit junger türkischstämmiger Frauen in Deutschland häufig hoffnungslos: Sie werden zwangsverheiratet, eingesperrt, nicht selten geschlagen. Junge türkischstämmige Frauen, das ergaben mehrere Untersuchungen, bringen sich doppelt so häufig um wie gleichaltrige Deutsche. Bei Selbstmordversuchen liegt die Rate der 18- bis 35-Jährigen sogar sechs Mal höher. „Die Betroffenen sind komplett isoliert“, sagt Meryam Schouler-Ocak, Oberärztin der Psychiatrischen Universitätsklinik der Berliner Charité und Leiterin des Projektes „Beende dein Schweigen, nicht dein Leben“.

(...)

Sogenannte „Import-Bräute“ zählen zur größten Risikogruppe. Das hat übrigens nicht nur die Psychologin im fernen Berlin erkannt, das verkünden Kripobeamte und Mitarbeiter von Beratungsstellen bereits seit Jahren auch in dieser Region. Unter vorgehaltener Hand, inoffiziell.

Als Fremde in einem Land, dessen Sprache die Frauen nicht beherrschen, kommen sie in eine Familie, die sie beherrscht. Mit einer despotischen Schwiegermutter und zuweilen einem Machismo als Ehemann. Der die Monogamie und Ehre der Frau propagiert, aber gleichzeitig sein Verhältnis mit der lockeren Deutschen von nebenan auslebt. „Diese Frauen haben massive Anpassungsprobleme. Ihr Traum vom Leben in Deutschland scheitert, gleichzeitig müssen sie den bisherigen Lebensstil aufgeben“, erklärt Schouler-Ocak. „Aufgrund der Sprachbarrieren sind die betroffenen Frauen abgeschnitten von sozialen Hilfsangeboten und Therapiemöglichkeiten.“

Dennoch tun Linke und Grüne alles, um die Sprachbarrieren möglichst hoch zu halten und den Import von sprachunkundigen Kindsbräuten zu erleichtern. Für ihre Multikulti-Lebensdoktrin wird das Recht auf Selbstbestimmung, das man nur für sich selbst beansprucht, leichtfertig geopfert. Es betrifft ja auch

nur andere. Dafür wird jeder in die rechte Ecke geschoben, der sich mit dieser Situation nicht abfinden will.

Hier aufgewachsene türkische Mädchen leiden laut Schouler-Ocak unter kulturellen Konflikten: Eltern, die sich in der neuen Heimat nicht wohlfühlen; Verbote durch Väter und ältere Brüder; soziale Kontrollen der Community und Moscheevereine, Minderwertigkeitsgefühle, Frustrationen. „Junge Frauen wachsen mit dem Ehr- und Reinheitsbegriff der Eltern auf, aber gleichzeitig sehen sie, wie Gleichaltrige leben.“ Auch ohne Druck von außen könne dieses Konfliktpotenzial eskalieren. „Bei einem Thema wie Jungfräulichkeit kann sich die Krise so auswachsen, dass manchen Frauen Suizid als einziger Ausweg erscheint.“

Multikulti kann so schön sein!

(Spürnase: Ruhrpottler)

Hamburg: SPD-Vorzeigetürke Ciftlik verurteilt



Die einstige Multikulti-Perle der Hamburger SPD, Vorzeige-Türke [Bülent Ciftlik](#) (Foto), ist jetzt vom Amtsgericht St. Georg wegen „Vermittlung einer Scheinehe“ zu 12.000 Euro Geldstrafe (150 Tagessätze zu je 80 Euro) verurteilt worden (PI berichtete [hier](#), [hier](#) und [hier](#)). Jetzt

soll der Abgeordnete Partei und Fraktion verlassen. [mehr](#)

(Spürnase Rudolf L.)

Hamburg: Migrantenmob greift Polizisten an



Ein Paradebeispiel der linksgrünen Multikulti-Politik ereignete sich am Wochenende in Hamburg: Am S-Bahnhof Neuwiedenthal wurden Polizeibeamte im Rahmen eines „Routineeinsatzes“ von einem Mob aus rund 30 Migranten beschimpft, bespuckt, mit Steinen und Flaschen beworfen sowie äußerst brutal angegriffen und teilweise lebensgefährlich verletzt.

Die [Hamburger Morgenpost](#) berichtet:

Ein 46-jähriger Kommissar erleidet lebensgefährliche Schädelbrüche. Einem 44-jährigen Hauptmeister wird die Nase gebrochen, drei weitere Polizisten werden durch Steinwürfe und Schläge verletzt. Offenbar hatten sie vorher die Polizisten gezielt in die Falle gelockt.

Gegen 21.30 Uhr bekommt die Besatzung von ‚Peter 47/2‘ der Wache Neuwiedenthal den Funk-Einsatz: ‚Schlägerei am Bahnhof

Neuwiedenthal'. Reine Wochenend-Routine in dieser Gegend, denken die beiden erfahrenen Polizisten. Minuten später müssen sie um ihr Leben kämpfen Am Bahnhof stellen beide zunächst nichts fest. Dann sehen sie an der Ecke Rehrstiege/Striepenweg den 27-jährigen Pjotr R. Der Mann hat sein Glied entblößt und beschimpft die Polizisten.

Als die Beamten aussteigen, werden sie von einer Horde Schläger angegriffen. Ein 46-jähriger Kommissar geht zu Boden. Dann nimmt ein Täter Anlauf und tritt ihm mit voller Wucht gegen den Kopf, rennt danach sofort davon. Der Polizist erleidet am Auge einen lebensgefährlichen Schädelbruch. Außerdem sind Kiefer und Jochbein gebrochen. Sein Kollege (35) kommt mit Hals- und Nackenverletzungen davon.

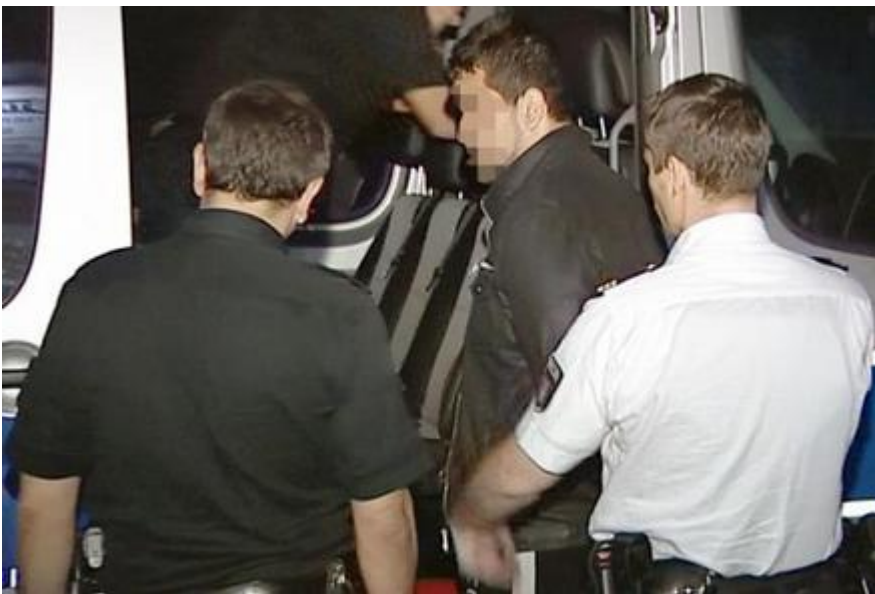
Dann trifft ein ziviler Streifenwagen ein. Auch hier wird der 46-jährige Beamte, ein Oberkommissar, sofort angegriffen und am Gesicht verletzt. Schließlich erreicht ‚Peter 47/1‘ den Tatort. Ein Schläger springt dem Einsatzleiter, einem 44-jährigen Hauptkommissar, in den Rücken. Seinem Kollegen (44) wird das Nasenbein gebrochen. Erst als Dutzende Peterwagen aus ganz Hamburg eintreffen, beruhigt sich die Lage. Die Beamten nehmen 16 Verdächtige fest. **Sie heißen Igor, Diyan, Ali, Noor oder Talep und sind Deutsche.** Die meisten sind bereits polizeibekannt. Der Mann, der dem Kommissar gegen den Kopf getreten haben soll, ist ein tunesischstämmiger Deutscher (31). Er konnte entkommen. **Alle anderen Verdächtigen wurden wieder entlassen.** Ihnen konnten außer der allgemeinen Beteiligung an der Schlägerei noch keine konkreten Attacken gegen die Polizisten nachgewiesen werden.

Innensenator Christoph Ahlhaus verurteilte die Attacke: ‚Das Maß ist voll. Der aktuelle Vorfall belegt einmal mehr die Notwendigkeit der Strafverschärfung für Gewalttaten gegen Polizeibeamte.‘ Polizeipräsident Werner Jantosch besuchte gestern die verletzten Polizisten, sagte: ‚Dieser hinterhältige Angriff macht mich fassungslos. Gewalt gegen Polizeibeamte ist besonders niederträchtig.‘ **Joachim Lenders**

von der Deutschen Polizeigewerkschaft bezeichnete die Täter als ‚Unterschicht‘ und ‚Abschaum‘.

[Vorsicht Bürgerkrieg!](#)

Weitere Fotos der Täter:



Video vom Anfang der Auseinandersetzung:

Montagsmorgen machen wir gerne unser heiteres „MSM-Ratespiel“: Welche der unten aufgeführten „Qualitätsmedien“ verschweigt den Migrationshintergrund der Täter?

- » Spiegel Online: [Schläger greifen Polizisten an](#)
- » Frankfurter Rundschau: [Polizisten von Jugend-Horde überfallen](#)
- » Welt Online: [30 Randalierer greifen Polizisten in Hamburg an](#)
- » Abendblatt: [Beispielloser Angriff auf Hamburger Polizisten](#)
- » Süddeutsche: [Fünf Polizisten bei Randalen teils schwer verletzt](#)
- » HNA: [Polizisten bei Schläger-Angriff in Hamburg verletzt](#)
- » Rheinische Post: [30 Jugendliche attackieren Polizisten](#)
- » Westfälischer Anzeiger: [Polizisten bei Schläger-Angriff verletzt](#)
- » n-tv: [Randalierer attackieren Polizisten](#)
- » TZ-Online: [Polizisten bei Schläger-Angriff in Hamburg verletzt](#)
- » General Anzeiger: [Polizisten bei Schläger-Angriff verletzt](#)

Wir lösen auf: ALLE!

(Herzlichen Dank den vielen Spürnasen)

EDL wird ein Jahr alt



Die English Defence League (EDL) wurde heute vor einem Jahr gegründet. Der eigentliche Gründungsanlass war die massive Beschimpfung heimkehrender britischer Soldaten durch Muslime in [Luton](#). Diesem Ereignis waren Jahre des

Wegschauens seitens der Regierung und der Behörden vorausgegangen. Sie wollte nicht erkennen, wie sehr die britische Gesellschaft durch das islamische Dogma herausgefordert war.

So hat die Einrichtung von offiziell anerkannten Scharia-Gerichtshöfen gezeigt, wie unterwürfig die Eliten einer menschenverachtenden Ideologie Rechte einzuräumen bereit war und noch ist. Unter dem Deckmantel des Multikulti-Dogmas wird so eine Ideologie gefördert, die neben sich nichts duldet und daher höchst monokulturell angelegt ist und deren Anhänger auch so agieren.

Dieser Entwicklung stellten sich zunächst einige wenige entgegen, indem sie am 27.06.2009 die [EDL gründeten](#). Sie wollten es nicht hinnehmen, dass die Scharia das englische Recht ablöst und sie sehenden Auges ihrer Heimat beraubt werden. Schon bald erhielten sie regen Zulauf.

Selbstverständlich wurde die EDL von Anfang an als [„rassistisch“](#) und „rechtsextrem“ diffamiert. Dies ist jedoch nur ein Reflex, der in allen westlichen Zivilisationen dazu dient, sich nicht mit den Inhalten – wie hier der EDL – auseinandersetzen zu müssen.

Die wahre EDL hat jedoch Mitglieder jeder Hautfarbe, Herkunft und Religion. Auch eine von der Mehrheit abweichende sexuelle Orientierung hindert die Mitgliedschaft in der EDL nicht, die neben anderen auch eine Division der Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen hat. Jeder ist willkommen, solange er sich für die Freiheit und gegen die Scharia engagieren möchte.

Süddeutsche: Wilders schuld an Antisemitismus



[Wie PI berichtete](#) werden in Amsterdam wegen der zunehmenden Übergriffe auf Juden nun Polizisten als sogenannte „Lockjuden“ eingesetzt, um die Täter noch vor Ort festnehmen zu können. Die *Süddeutsche Zeitung* schafft es mit Verdrehungen und Weglassungen, Täter und Opfer auszustauschen und auch sonst zu überraschenden Ergebnissen zu kommen.

Zunächst kommt in der [Süddeutschen](#) einer der Betroffenen zu Wort:

Ronny Naftaniel, Direktor der niederländischen Stiftung Information und Dokumentation Israel, weiß: „Leute, die eine Kippa oder einen typisch jüdischen Hut trugen, sind bespuckt und beschimpft worden, ein paar Mal wurde der Hitlergruß gezeigt.“ Die Feindlichkeit gegenüber anderen Religionen und Nationalitäten sei spürbar, Naftaniel spricht von einer „generellen Atmosphäre“ und „einer eher destruktiven öffentlichen Debatte. Er hält die Pläne der Stadt deshalb für eine „phantastische Idee“: „Niemand sollte Angst haben müssen, sich durch seine Kleidung öffentlich zu einer Religion zu bekennen.“

Dann zeigt die *Süddeutsche Zeitung* auf, wer alles zu den Opfern gehört:

Doch nicht nur Juden werden auf offener Straße angegangen, es

trifft auch Homosexuelle, Muslime oder andere Minderheiten.

Den ein oder anderen Leser mag dies nun überraschen, da in der oben genannten Berichterstattung durch PI nicht von Muslimen als Opfer die Rede war. Doch nicht nur PI hat die Muslime nicht zu den Opfern der laut *Süddeutschen* als „Ausländerfeindlichkeit“ eingeordneten Gewaltakte betrachtet. Vielmehr ist auch im entsprechenden Artikel der [Presse](#) von Muslimen ausschließlich als Tätern die Rede. Ebenso in dem der [Krone](#). Auch die [Financial Times Deutschland](#) konnte anders als die *Süddeutsche* unter den Opfern keine Muslime ausmachen. Eine vollständige Erhebung konnte nicht erfolgen. Aber nach den bisherigen Ergebnissen dürfte klar sein, dass die deutschsprachige Presse im erschreckenden Ausmaße islamophob ist – einzig (bislang bekannte) rühmliche Ausnahme: Die *Süddeutsche* ist an der Seite der muslimischen Opfer.

Auch bei den Ursachen hat die *Süddeutsche* einen einzigartigen Ansatz:

Die Niederlande galten zwar lange als Vorbild für eine funktionierende Multikulti-Nation. Doch die jüngsten Wahlerfolge des Rechtspopulisten Geert Wilders zeigen: Der gute Ruf hat Kratzer bekommen. Wilders setzt sich für einen Einwanderungsstopp aus nichtwestlichen Staaten ein. Jeder sechste Niederländer stimmte bei den Parlamentswahlen im Juni für seine „Partei für die Freiheit“ und ihr islamfeindliches Programm.

Damit ist klar: Geert Wilders hat gegen den Islam gehetzt, mit der Folge, dass nun – da als einzige nicht unter den Opfern – einheimische Christen im Rahmen ihres Ausländerhasses Juden, Homosexuelle und Muslime verprügeln. Das aufgrund von Wilders zunehmend nationalistisch gefärbte Klima hat weitere Opfer. Darunter eins, von dem man diesen Zusammenhang nicht vermutete hätte. Daher also ohne Auslassung weiter im Text der *Süddeutschen*:

Das passt zum zunehmend nationalistischen Klima im Land. Symbol dieser Stimmung ist der Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh geworden. Der Regisseur war vor sechs Jahren von einem islamischen Fundamentalisten erschossen worden.

Wir lernen daraus: Wilders schaffte ein nationalistisches Klima. Wie schlimm es dabei kam, kann man an dem Mord an van Gogh erkennen. Die *Süddeutsche* zeigt daher auf, wie Wilders ein solches Klima schaffen konnte:

Gut fünf Prozent der 16 Millionen Niederländer sind Muslime, die meisten kommen aus der Türkei und Marokko. Etwa 20 Prozent der Einwohner sind eingewandert, in Amsterdam stammt sogar die Hälfte der 765.000 Bürger nicht aus den Niederlanden, 20.000 Juden leben hier.

Mit solchen Zahlen schürt Geert Wilders Ängste, illustriert von Geschichten über Gewalt und Kriminalität in sogenannten Problemvierteln.

Nur wer nun wirklich keine Ahnung von Geert Wilders hat, wird ihm unterstellen, die Einwohnerzahl von Juden im Wahlkampf genutzt zu haben – schon gar nicht, um irgendetwas zu schüren. Nach Ansicht der *Süddeutschen* vermögen die Wähler von Wilders nur gemäß ihrer Emotion Angst zu wählen, die der PVV-Politiker mit „Geschichten“(!) über Gewalt und Kriminalität illustriert. Also alles nur erfunden und eingebildet – wenn man der *Süddeutschen* folgen wollte. Aus irgendeinem Grund muss man aber gegen die „Geschichten“ dennoch etwas unternehmen:

In so einem ist die Idee der polizeilichen Lockvogel-Aktion entstanden: Im Amsterdamer Stadtteil Slotervaart, einem Viertel mit besonders hohem Migrantenteil.

Die Idee stammt – wie PI bereits berichtete – von Geert Wilders, der dieses Mittel der Strafverfolgung erstmal in Bezug auf die homosexuellen Opfer vorschlug. Doch weiter mit

der Ursachenforschung à la *Süddeutsche*:

Hier ist auch Theo van Goghs Mörder aufgewachsen. Hier, so scheint es, werden Opfer der ausländerfeindlichen Stimmung zu Tätern: Junge Muslime pöbeln Juden an, spucken, werden auch schon mal handgreiflich. Der sozialdemokratische Stadtrat Ahmed Marcouch hält diese Situation für „inakzeptabel“, wie er auf seiner Homepage schreibt.

Der gebürtige Marokkaner hat früher selber als Polizist gearbeitet und war Bezirkspräsident des Viertels. Marcouch ist für sein hartes Vorgehen gegen Hangjongeren, herumlungernde Jugendliche, bekannt. In einem Schreiben appelliert er an die Verantwortlichen: „Ich meine, Sie sollten alles tun, um die Peiniger, die Verbrecher zu bekämpfen. Von mir aus setzen Sie ‚Lockjuden‘ ein, tun Sie alles, um die Verbrecher zu fassen. Das ist eine ernste Angelegenheit, die nicht nur die jüdische Gemeinde angeht, sondern uns alle. Ein Angriff auf die Juden ist ein Angriff auf mich und auf uns.“

Doch wie kam Marcouch auf die Idee, dass aus den muslimischen Opfern der „Ausländerfeindlichkeit“ Täter wurden? Das ist der *Süddeutschen* unglücklicherweise entgangen. Doch die [Financial Times Deutschland](#) vermag die von der *Süddeutschen* offen gelassene Lücke mit einer recht präzisen Beschreibung zu füllen:

Auslöser des plötzlichen Sinneswandels könnte eine Fernsehreportage vom Sonntag sein. Der jüdische TV-Sender Joodse Omroep begleitete den Rabbi Lody van de Kamp mit versteckter Kamera durch einige soziale Brennpunkte der Stadt – und filmte Schockierendes: Serienweise beschimpften arabisch aussehende Jugendliche den Rabbi, einer reckte gar die Hand zum Hitlergruß. „In extremistischen Kreisen gab es das auch schon vor einem Jahrzehnt, aber im Moment geschieht es auf der Straße, täglich“, sagt van de Kamp.

Und fährt mit einem Aspekt fort, der der *Süddeutschen* ebenfalls entgangen ist:

Tatsächlich scheint der Antisemitismus in den Niederlanden rapide zu wachsen. Nach einer Umfrage der Zeitschrift „Elsevier“ stößt beispielsweise jeder fünfte Lehrer in Großstädten beim Thema Holocaust auf Widerstand der Schüler.

Die *Süddeutsche* widmet sich lieber dem investigativen Journalismus:

Boer (Anmerkung, Sprecher der Stadt) dementiert auf Anfrage von sueddeutsche.de Agenturmeldungen, wonach die Zahl der Angriffe zugenommen haben soll. „Bei uns gibt es nicht mehr oder weniger Zwischenfälle als in anderen Großstädten.“

Während die *Süddeutsche* vorgibt, wissen zu wollen, ob es mehr Übergriffe gibt (Relation zu Vorjahren), lässt sie sich die Antwort geben, dass es in anderen Großstädten genauso sei. Mit einer irrelevanten Antwort will die *Süddeutsche* ihren Lesern also suggerieren, es sei alles in bester Ordnung, hat sich doch schließlich nichts verändert. Eigentlich bilden sich alle nur etwas ein und setzen jetzt aus Langeweile die sogenannten Lockjuden und Lockhomosexuellen ein.

Dagegen wählt die [Presse](#) ein völlig „ungewöhnliches Mittel“. Sie lässt die von ihr befragten einen Bezug zum letzten Jahr herstellen.

Nach Angaben von CIDI [Niederländischen Stiftung Information und Dokumentation Israel] haben derartige Angriffe in den Niederlanden deutlich zugenommen. Bei der Organisation „Meldpunt Discriminatie“ gingen 2009 allein für Amsterdam 41 entsprechende Meldungen ein – gegenüber 17 im Vorjahr. In den meisten Fällen werden derartige Attacken von Gruppen marokkanisch-stämmiger Jugendlicher verübt.

Führt man die Informationen aus dem Artikel der SZ und der *Presse* zusammen, ist in allen Großstädten der Niederlande die Zahl der Übergriffe um das knapp Zweieinhalbfache gestiegen. Und an all dem ist laut *Süddeutsche* Geert Wilders schuld, der ein nationalistisches Klima geschaffen hat, indem all dies passieren kann.

» redaktion@sueddeutsche.de

Frankreich vor WM-Aus



Aus volkspädagogischen Gründen gehört es sich für sterbende europäische Länder, ihre Nationalmannschaften ganz zum Gefallen multikulti-verliebter StudienrätInnen zusammen zu stellen. Auf dem Spielfeld machen allerdings auch monokulturelle Mannschaften wie die aus Serbien, Mexiko oder Ghana einen soliden Eindruck.

Serben bekreuzigen sich, bevor sie das Spielfeld betreten, die Spieler aus dem christlichen Ghana berichten stolz, dass sie gemeinsam feiern und gemeinsam beten. In den zwangsweise multikultivierten Mannschaften Westeuropas wäre das schwer vorstellbar. Dort kämpft man noch um die Mindeststandards eines halbwegs akzeptablen Umgangs miteinander. Großes Vorbild war stets Frankreich. Dort kam es im Spiel gegen Mexiko zum

Eklat. [Der Spiegel enthüllt interessante Einzelheiten](#), wie so ein StudienrätInnenraum nach dem Aufwachen in der Realität aussieht. Nicolas Anelka (*Foto Mitte, es handelt sich nicht um die franz. Nationalmannschaft*) wurde nach Ausfällen gegen den Trainer jetzt vorzeitig nach Hause geschickt.

Grund für den Rauswurf ist offenbar ein heftiger Disput zwischen Anelka und Nationaltrainer Raymond Domenech. In der Halbzeitpause der Vorrunden-Begegnung zwischen der Équipe Tricolore und Mexiko (0:2) soll es zu einem Wortgefecht der beiden gekommen sein. Das berichtet die Sportzeitung „L'Equipe“, die Anelkas obszöne Beschimpfung in Richtung Domenech auf ihrer Titelseite druckte. „Fick dich in den Arsch, du Hurensohn“, war dort zu lesen.

Anelka soll damit die Forderung seines Coachs kommentiert haben, der von seinem Stürmer einige taktische Veränderungen gefordert und ihn angemahnt hatte, nicht immer vorne stehen zu bleiben. Domenech habe laut des Berichts umgehend auf die Verbalattacke reagiert und zu Anelka gesagt: „Okay, du gehst raus.“ Tatsächlich lief mit Beginn der zweiten Halbzeit André-Pierre Gignac vom FC Toulouse anstelle des Chelsea-Stürmers auf. Wenn die Vorwürfe stimmten, meldete sich der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy aus dem russischen St. Petersburg zu Wort, „ist das inakzeptabel“.

Cliquenwirtschaft im französischen Team

Anelka gilt als enfant terrible des französischen Fußballs. Der schon häufig als Exzentriker aufgefallene Angreifer war bereits vor der WM 2002 in Japan und Südkorea vom damaligen Nationaltrainer Jacques Santini aus dem Kader geworfen worden. Der jetzige Fall ist aber offensichtlich nur die Spitze des Eisberges im französischen Team.

Es gilt mittlerweile als offenes Geheimnis, dass sich in der Équipe Tricolore mehrere Gruppen gebildet haben, die sich untereinander nicht leiden können. Nach dem Spiel gegen

Mexiko sprach der eher stille Yoann Gourcuff mit Journalisten – und duckte sich scheu weg, als hinter ihm Anelka und Franck Ribéry vorbeiliefen. Da habe der Klassenbeste „dem Rüpel der Schule“ Platz gemacht, „um keinen Schlag auf den Hinterkopf zu bekommen“, schrieb „L'Equipe“.

Also alles wie im richtigen Leben in einer westeuropäischen Hauptschule. Nicht zufällig sind beide Klassenrüpel, Kinderpuffbesucher Ribéry wie Anelka, bekennende Anhänger der „Religion des Friedens“. Entsprechend benehmen sie sich.

(Vielen Dank allen Spürnasen!)

Multikulti extrem: “Lockjuden” in Amsterdam

☒ Amsterdam war uns im multikulturellen Menschenversuch stets Vorbild – und ein paar Jahre voraus. Folgerichtig zeigt uns auch heute, zu Zeiten des Niedergangs und Zerfalls realitätsferner Illusionen, die größte Stadt der Niederlande, wohin die Reise geht. Wieder einmal sind es zuerst die Juden, auf die sich der Hass der Bewohner des gescheiterten Paradieses richtet.

Von der Hauptstadt der Toleranz, der Homosexuellen, des Haschisch und des friedlichen und freundlichen Miteinanders der Kulturen, die uns früher so magisch anzog, ist nicht mehr viel übrig. Wie immer kamen die Probleme mit den Mohammedanern, die Freiheit und Liberalität als Einladung verstehen, der wehrlos gewordenen Gesellschaft die autoritär-faschistischen Spielregeln des Islam aufzuzwingen. Besonders Juden und Homosexuelle werden im endzeitlichen Amsterdam immer

häufiger Opfer des gewalttätigen Mohammedanermobs. Um der Gewalt Herr zu werden, soll die Polizei jetzt „Lockjuden“ einsetzen: Polizeibeamte, die als Juden verkleidet den Lockvogel für die reflexhaften Gewaltausbrüche des juden hassenden Mobs marokkanischer Einwanderer geben.

Wie die [niederländische Zeitung Elsevier](#) meldet, kommt der Vorschlag ausgerechnet vom sozialdemokratischen Stadtrat Marcouch Ahmed, selbst Araber und lange Jahre Bezirksvorstand des migrantischen Problemviertels Slotervaart.

In Amsterdam wagen sich Juden nicht mehr mit Kippa in die Öffentlichkeit, weil sie vom marokkanischen Jugendlichen beleidigt, erniedrigt und bedroht werden. Marchouch findet das inakzeptabel und fordert ein entschiedenes Vorgehen der Polizei gegen den Antisemitismus. „Ich glaube, Sie sollten alles tun, um die Peiniger, die Verbrecher zu bekämpfen. Von mir aus setzen Sie ‚Lockjuden‘ ein, tun Sie alles, um die Verbrecher zu fassen. Das ist eine ernste Angelegenheit, die nicht nur die jüdische Gemeinde angeht, sondern uns alle. Ein Angriff auf die Juden ist ein Angriff auf mich und auf uns.“

Anfang der Woche hatte der Politiker sich bereits auf einer Tagung für härtere Strafen für Angriffe auf Homosexuelle ausgesprochen. Geert Wilders hatte daraufhin angefragt, ob auch der Einsatz von „Lockhomos“ geplant sei.

(Spürnase: Nalanda)

So wüthen die Türken in Zypern



Wo der Islam an die Macht kommt, ist Schluss mit Multikulti, Diversität und Toleranz. Ob in Gaza, Libanon, Bosnien oder Kosovo: Zuerst gilt es, die Zeugnisse früherer Kultur und Zivilisation zu zerstören. Nichts darf daran erinnern, dass das für Allah eingenommene Land einst zivilisierte Besitzer hatte.

Im Nordteil Zyperns, der seit 1974 widerrechtlich von der Türkei besetzt gehalten wird, wüteten die Hoffnungsträger des halluzinierten Euroislam nicht anders als ihre Glaubensbrüder im Kosovo oder die Taliban, die die buddhistischen Zeugnisse in Afghanistan auslöschten. Das [Kölner Domradio berichtet](#):

Wenn der Papst in den Tagen seines Besuchs Zypern durchquert, fährt er vorbei an Dörfern mit großen Moscheen und verwitterten Kirchen. Von der einst blühenden christlichen Landschaft ist im international nicht anerkannten türkischen Teil Zyperns nicht mehr viel übrig. Doch die Kirche kämpft um ihre Kunstschatze.

Geblichen sind vor allem Spuren des Verfalls: Kirchen mit gekappten Turmkreuzen, teils einfach verlassen, teils in Scheunen oder Fabrikhallen umgewandelt. Gotteshäuser und Klöster des zyprischen Nordens wurden 1974 im Zuge des türkischen Einmarschs meist fluchtartig verlassen. „Es geht um etwa 550 orthodoxe Sakralbauten“, erklärt Ioannis Eliades (42). Seit der Direktor des Byzantinischen Museums von Nikosia als griechischstämmiger Zyperer wieder in den Norden reisen darf, in die Heimat seiner Kindheit, hat er die

meisten dieser Kirchen nach und nach aufgesucht. Und was er vorgefunden hat, treibt ihm bis heute die Tränen in die Augen.

„Fenster und Türen wurden ausgerissen, unsere Heiligtümer sind schutzlos dem Wetter ausgesetzt.“ Die Plünderer hätten sämtliche beweglichen Gegenstände geklaut: „Kelche, Weihrauchfässer, Ikonen – alles.“ Fresken und Mosaiken seien brutal herausgeschlagen worden. Eliades geht von insgesamt rund 20.000 geraubten Einzelstücken aus, die auf dem internationalen Schwarzmarkt gelandet sind.

Auch das zentrale Heiligtum Zyperns fiel Plünderern zum Opfer. Nahe der antiken Stadt Salamis, wo einst laut Bibel der Heilige Paulus an Land ging, liegt die Grabstätte seines Begleiters, des Zypern-Apostels Barnabas. Die wundersame Entdeckung des Grabes soll im 5. Jahrhundert die Unabhängigkeit der zyprischen Kirche als eigene apostolische Kirche begründet haben. Heute ist die Kirche Sankt Barnabas ein Museum - „und zwar ein schlechtes“, klagt Eliades. Tatsächlich sind Ikonen in buntem Durcheinander in dem ergrauten Kirchenraum aufgehängt – „ohne jegliche sakrale Ordnung“.

„Manchmal tätigen wir Scheinkäufe“

Einzelne der verloren geglaubten Kunstschatze hat das Byzantinische Museum inzwischen für die Kirche Zyperns zurückgewinnen können. Ursprünglich zur Bewahrung der wertvollsten Ikonen der Insel gegründet, ist seine wichtigste Aufgabe nun die Rückführung der geraubten Kunstschatze. „Es ist sehr schwierig, die Stücke auf dem Schwarzmarkt ausfindig zu machen“, erklärt der Direktor. „Manchmal tätigen wir Scheinkäufe, um den Tätern auf die Schliche zu kommen.“

Mit dieser Methode ist auch in Deutschland vor zwölf Jahren ein türkischer Händler aufgefliegen, in dessen Wohnung die Polizei rund 300 Kunstwerke fand – beziehungsweise deren

Reste. Allerdings hängt der Fall bis heute an einem Münchner Gericht fest, da nach deutschem Recht die zyprische Kirche nachweisen muss, dass sie der Eigentümer ist. „Vor 1974 haben wir leider keine systematischen Dokumentationen durchgeführt, weshalb die Beweisführung sehr schleppend vorangeht“, sagt Eliades.

Auf den Fall der „Geiseln in Deutschland“ wird auch der deutsche Papst bei seinem Besuch im erzbischöflichen Palast während seiner Zypernreise Anfang Juni aufmerksam gemacht werden: Das Museum wird eine kleine Sonderausstellung für den hohen Besucher zusammenstellen. „Natürlich hoffen wir, dass Benedikt XVI. sich mit seinem politischen Gewicht für unsere Rechte einsetzt“, sagt der Museumsdirektor. (...)

Das allerdings dürfte ein frommer Wunsch bleiben. Um ein deutsches Gericht zu bewegen, einen türkischen Verbrecher zu verurteilen, muss nach aller Erfahrung eine höhere Macht als der Papst intervenieren. Vielleicht würde es sein Chef schaffen. Aber sicher ist auch das nicht.

(Spürnase: Kölschdoc)

„Wunder von Marxloh“ – ein Scherbenhaufen



Ach was haben sie es

uns nicht jahrelang schöngeredet und geschrieben (z.B. [hier](#), [hier](#), [hier](#) und [hier](#)), die Gutmenschen der Politik und ihre gleichgesinnten Helfershelfer ihrer Qualitätsmedien. Jetzt, wo das Offensichtliche immer offensichtlicher wird, schlägt man ganz andere Töne an.

Selbst das spd-eigene Portal „[Der Westen.de](#)“ schreibt:

Integration – Moschee streitet mit Polizei

Duisburg. Das „Wunder von Marxloh“ hat einen weiteren Kratzer bekommen. Grund: Zwischen dem Vorstand der Vorzeige-Moschee und der Duisburger Polizei eskaliert ein Streit.

Auslöser ist ein Brief, in dem der Moschee-Vorstand einen indirekten Vergleich zwischen der Arbeit der Polizei und den Nationalsozialisten zieht. Brisant: Das Schreiben entstand nur wenige Tage nach der großen Anti-Rechts-Demo.

Ausgangspunkt für diesen Affront ist eine Äußerung des Islambeauftragten der Duisburger Polizei, Jürgen Kiskemper. Der hatte im Vorfeld der Demonstration Ende März in einem Fernsehbeitrag darüber geklagt, dass sich seit dem Wechsel an der Spitze des Moschee-Vorstands das Verhältnis „mit Sicherheit zum Schlechten gewandelt habe“. Weiter sagte Kiskemper: „Wenn ich hierhin komme und man sagt mir nach fünf Jahren, dass einige Leute sich nicht mehr mit mir unterhalten sollen, weil ich ja eh ein Spitzel bin, dann tut das weh.“

Zur Erinnerung: Das Gerangel im Moschee-Vorstand hatte im vergangenen November erstmals für Schlagzeilen gesorgt. Der bisherige Vorsitzende Mehmet Özay hatte damals seine Brocken hingeschmissen, garniert mit der Warnung, die Öffentlichkeit müsse wachsam sein, dass die Moschee nicht für ideologische Zwecke instrumentalisiert werde – ein deutlicher Fingerzeig Richtung des Amtsnachfolgers Muhammet Al.

Al und fünf weitere Vorstandsmitglieder sind auch die Absender jenes bösen Briefs an die Polizei. Darin werfen sie

Kiskemper vor, sich mit seinen kritischen Äußerungen in interne Angelegenheit der Moschee gemischt zu haben. Kiskemper und die Polizei sollten sich fragen, „inwieweit sich ein Polizeibeamter sich öffentlich parteiisch innerhalb einer Gemeinde zeigen darf“. Wenig später folgt der entscheidende Absatz: „Wir hoffen nicht, dass die Duisburger Polizei sich in interne Angelegenheit einer Religionsgemeinschaft einmischt. An dieser Stelle ersparen wir uns historische Vergleiche in Bezug auf Intervention der Staatsgewalt in Hoheitsbereiche der Religionsgemeinschaften.“

Besondere Brisanz birgt das Datum des Briefs: 11. April – keine zwei Wochen zuvor hatte die Polizei mit einem Großaufgebot die Anti-Rechts-Demo im direkten Umfeld der Moschee gesichert.

Eine scharfe Antwort

Im Polizeipräsidium mochte man sich offiziell nicht zu diesem Vorgang äußern, doch das Antwortschreiben, das der WAZ vorliegt, spricht eine deutliche Sprache. Der vorgestern in den Ruhestand verabschiedete Polizeipräsident Rolf Cebin stellt sich nicht nur hinter seinen Kontaktbeamten, er weist den geschichtlichen Vergleich in aller Schärfe zurück: „Die Duisburger Polizei hat Ende März mehr als 3000 Polizisten aufgeboden, um Ihre Moschee vor rechtsextremen Demonstrationen zu schützen. Ihre Anspielung auf die Historie ist daher unerträglich und ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich schützend vor die Moschee gestellt haben.“

Ein weiterer Hinweis lässt aufhorchen: Cebin lässt deutlich durchblicken, dass sich die Polizei nicht nur ausgegrenzt, sondern auch belogen fühlt, weil ihr ein Besuch eines türkischen Ministers sowie eine Veranstaltung der Grauen Wölfe in der Moschee verheimlicht werden sollten.

Obwohl die Polizei Duisburg auf dieses von Beginn an bekannte „Problem“ – dhimmikonform – mit der Einsetzung eines zweiten

Islambeauftragten [Kontaktbeamten für muslimische Institutionen](#) vor vielen Monaten reagiert hat, will das Traumprojekt „Multikulti-Wunder-Marxloh“ nicht funktionieren.

Auch außerhalb der Wunder-Moschee versteht sich die Polizei mit den zugewanderten Türken in Müxlüh schon ganz „ausbaufähig“. Die RP [berichtet vom Wochenende](#):

Zu zwei Fällen von erheblicher Ruhestörung und gewaltsamen Übergriffen auf die Polizei von einigen Dutzend türkischstämmigen Duisburgern kam es am Sonntagabend in Marxloh.

Anwohner hatten um etwa 19.30 Uhr die Polizei verständigt, als sich rund 100 Jugendlichen auf der Weseler Straße versammelten, die Fahrbahn blockierten und Lärm machten. „Es handelte sich um eine nicht bei der Stadt angemeldete Spontanversammlung von Jugendlichen und Heranwachsenden, die angeblich gegen die Tötung von Kurden in der Türkei demonstrieren wollten“, sagte Polizeisprecher Ramon van der Maat.

Als die Polizeibeamten eintrafen, hätten sie noch 15 Demonstranten vorgefunden, die „sehr aggressiv“ aufgetreten seien. Nach der Festnahme eines Türken, der einen Polizisten angegriffen hatte, kam es zu weiteren Handgreiflichkeiten, als die Gruppe versuchte, diesen wieder zu befreien.

Dabei verletzten die Jugendlichen zwei Polizisten und beschädigten einen Streifenwagen. Der Sachschaden betrug 2000 Euro. Mit Pfefferspray und nach der Festnahme fünf weiterer Personen brachte die Polizei die Lage unter Kontrolle. Zwei der Festgenommenen wurden gestern dem Haftrichter vorgeführt.

Korso mit 150 Fahrzeugen

Kurz nach der Demonstration, gegen 21 Uhr, verständigten Anwohner der Weseler Straße erneut die Polizei. Ein Autokorso mit 150 Fahrzeugen, der sich anlässlich des Abschlusstages

der 1. türkischen Fußballliga dort eingefunden hatte, sorgte diesmal für Unruhe.

„Die Anwohner fühlten sich durch lautes Hupen belästigt. Außerdem überfuhren die Fahrer rote Ampeln und stellten somit eine Gefährdung für den Straßenverkehr dar“, sagte Ramon van der Maat. Der Autokorso sei nicht, wie eigentlich erforderlich, bei der Stadt angemeldet gewesen. Die herbeieilende Polizei löste den Korso zügig auf. Verletzt wurde dabei niemand.

Wunder brauchen ab und wann schonmal auch gerne mal einen Tag auf zwei länger...

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)

Enkheim: Wusste Magistrat von Moscheebauplan?



Der sich bereits abzeichnende Konflikt um die geplante Moschee mit Schulungszentrum einer islamistischen afghanischen Gemeinde im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim ([PI berichtete](#)) hat eine neue Wendung genommen: Von nun an steht nicht mehr die dubiose Position eines sogenannten „Hasspredigers“ in der Gemeinde im Vordergrund, sondern jetzt

muss dringend geklärt werden, welche Rolle Magistrat und Verwaltung sowie Integrationsdezernentin Nargess-Grünberg, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten sowie CDU und Grüne in dem Bestreben der afghanischen Moslems spielten, sich künftig in der Edisonstraße 10 niederzulassen.

Ausgelöst wurde diese Wendung von einem Offenen Brief von Michael Demmerle, Inhaber und Leiter der renommierten Frankfurter Musikwerkstatt in der direkt benachbarten Edisonstraße 8. Demmerle teilt darin mit, auf dem Grundstück Edisonstraße 10 fänden bereits seit Anfang September 2009 „umfangreiche Bauarbeiten“ statt. Weiter heißt es: „Das Gebäude stand zweifellos kurz vor der Fertigstellung. Seit 2010 ruhen jedoch unerwartet die Sanierungsarbeiten.“ Am 20. September 2009 war nach Demmerles Angaben eine religiöse Veranstaltung im Rohbau mit „ca. 150-200 Personen“ zu beobachten.

Der Leiter der staatlich anerkannten Musikakademie für Jazz und Populärmusik setzte sich daraufhin mit dem Bauamt in Verbindung und bekam von dort am 30. 9.2010 die Mitteilung, „dass ein Bauantrag gestellt, aber noch nicht genehmigungsreif sei. Der Antrag bestünde für eine Moschee, Schulungs und Veranstaltungsräume.“ Demmerle schreibt abschließend: „Aufgrund der ruhenden Bauarbeiten und mangelnder Informationen habe ich dann am 10.5.2010 eine Anfrage an den Ortsvorsteher von Bergen-Enkheim, Herrn Helmut Ulshöfer, gerichtet.“ Einen Tag später gab der Grünen-Politiker Ulshöfer bei einer Sitzung des Ortsbeirats 16 die Moscheebaupläne bekannt. Erst seitdem sind diese auch ein öffentliches Thema.

Der Offene Brief des Musikwerkstatt-Inhabers ist purer Sprengstoff: Denn wenn, woran seitens der FREIEN WÄHLER nicht zu zweifeln ist, die Angaben Demmerles stimmen, dann wissen Magistrat und Verwaltung schon seit mindestens einem knappen Jahr von den Moscheebauplänen, haben das aber in keiner Weise offengelegt. Bei dem besonders fragwürdigen Charakter der islamischen Afghanen-Gemeinde müssen diese Pläne aber auch der

grünen Integrationsdezernentin, dem Multikulti-Amt und den Fraktionen von CDU und Grünen sowie auch dem grünen Ortsvorsteher in Bergen-Enkheim bekannt gewesen sein. Alle – und sogar das Bauamt – haben offenbar seelenruhig zugeschaut, wie die Gemeinde tatkräftig das erworbene Grundstück samt Gebäuden in der Edisonstraße 10 zu einer Moschee mit Schulungszentrum umbaute.

Oder sollten das Bauamt und dessen zuständiger Dezernent Schwarz allen anderen verschwiegen haben, was da im Gange war? Das wäre nicht nur ein Desaster für Schwarz, der die politischen Konsequenzen ziehen müsste, sondern auch für Oberbürgermeisterin Roth und Integrationsdezernentin Nargess-Grünberg, die beide über einen solch brisanten Vorgang bewusst uninformiert und damit unwissend gehalten worden wären. Aber das ist nach dem schweren Konflikt um den Moscheebau in Hausen und all den Versprechen für größtmögliche Transparenz in weiteren Fällen eigentlich undenkbar und auch sehr unwahrscheinlich. Oder sollte im Magistrat der Stadt Frankfurt tatsächlich das schiere Chaos herrschen?

(Pressemitteilung der [FREIE WÄHLER](#)-Fraktion im Frankfurter Römer)

Kölner Viertel, in die sich kein Polizist mehr wagt



Die Kölner BILD-Redaktion, für ihren übersteigerten [Kampf gegen Rechts™](#) bekannt, wartet heute ausnahmsweise einmal mit einem [multikulti-kritischen Titelthema](#) auf. Es geht um bereicherte Kölner Stadtviertel (Foto: Kölnberg, laut [STERN](#) „die letzte Station der Gescheiterten“), in die sich kein deutscher Polizist mehr alleine traut. Doch BILD wäre nicht BILD, wenn sie es nicht schaffen würde, dafür der Polizei die Schuld zu geben.

Auszug:

Schon von Weitem ragen die Hochhäuser am Kölnberg in den Himmel. Zwei Jugendliche dealen im Auto. Eine Ratte kreuzt den Weg vor Hausnummer 4. In 1287 Wohnungen leben hier Menschen aus 70 Nationen. Einer von ihnen ist Hais Suleiman (41). 1997 kam er aus dem Irak, lebt seitdem in Kölns gefürchtetstem Viertel.

„Es stimmt schon, dass auch Müll vom Balkon geworfen wird“, erzählt er. „Viele Bewohner hier haben Angst, aber vor der Polizei, weil die Beamten in ihren Heimatländern oft aggressiv waren.“

Auch der Marktplatz an der Kalker Hauptstraße wird von Polizisten gefürchtet. Obwohl das Präsidium nur 150 Meter entfernt ist. Auch die Kneipe „Zur Post“ ist hier. Ein Gast, der unerkannt bleiben möchte: „Hier sind oft Drogenabhängige oder Jugendliche. Aber genau deshalb sollte die Polizei öfter kontrollieren.“

Die Gernsheimer Straße in Ostheim. Sperrmüll, alte Reifen liegen rum. Es ist dreckig, ja versifft. Ein Bolzplatz mit

Metalltoren, auf dem nur einer kickt. Verbeulte Autos ohne Kennzeichen. Männer mit Bierdosen.

Anwohner Ali (52) versteht die Angst der Polizei dennoch nicht: „Hier gibt es keine kriminellen Jugendgangs. Die Polizeigewerkschaft übertreibt. Die Beamten sollten hier häufiger patroullieren, dann würden sie das selbst sehen.“

Vielleicht hat er recht. BILD war sechs Stunden in den Kölner Angststraße unterwegs. Wir haben vieles gesehen. Nur keine Polizisten.

Schweizer Kopftuchträgerinnen flüchten nach Biel



Die Schweizer sind sowas von intolerant. Immer häufiger kommt es vor, dass Schülerinnen im Unterricht nicht einmal ihr Kopftuch aufbehalten dürfen. „Diskriminierungsopfer“ wie die 15-jährige Konvertitin Jessica und ihre Mutter (Foto) zieht es daher immer öfter nach Blancho-City (früher bekannt als Biel), ein wahres Multikulti-Paradies mit einer Auswahl an radikal-islamischen Moscheen. In der Stadt fürchtet man eine Sogwirkung des Islamischen Zentralrats.

20 Minuten [berichtet](#):

An der Oberstufe in Heerbrugg sind Kopfbedeckungen im Unterricht verboten. Dazu gehören Baseball-Caps, aber auch Kopftücher. Darüber stritten sich die Behörden mit Jessicas 7-köpfiger Kovertiten-Familie, seit diese letzten September nach Au gezogen war. Jessica blieb dem Unterricht die meiste Zeit fern. Nun zieht die Familie weg. Ziel: die IZRS-Hochburg Biel. „Dort ist man viel toleranter und man kann so herumlaufen wie man will“, glaubt Mutter Tina Nasfi, die mit Bieler Konvertiten befreundet ist und auch einige IZRS-Exponenten kennt. Im Rheintal seien sie als gläubige Muslime seit dem Minarett-Verbot angefeindet worden. Und: „Wir werden uns in Biel sicher freier fühlen.“ ...

Eine Entwicklung, die der grünliberale Stadtrat Alain Pichard beobachtet: „Die hohe Aufmerksamkeit des IZRS in den Medien hat eine große Sogwirkung auf gläubige Muslime“, sagt Alain Pichard. Er kritisiert aber auch die Integrationsbehördenbehörden: „Der Multikulti-Gedanke ist bei uns schon fast zur Ideologie geworden.“

Ja, ist denn die Multikulti-Ideologie etwa DOCH NICHT das Paradies auf Erden?



Wien: Schwarzer Himmel dank

Multikulti



Im Wiener Bezirk Brigittenau erleben die Anwohner hautnah die Freuden der politisch verordneten moslemischen Zuwanderung: Mit lauten Grillfesten bis spät in die Nacht! Warum auch nicht? Man selbst muss ja meist nicht früh raus und arbeiten. Das überlässt man gerne den Ungläubigen. Neu ist, dass die Presse darüber offen berichtet. Auch darüber, dass erwartet wird, dass sich mit dem geplanten Bau einer Großmoschee die bestehenden Probleme noch verschärfen. [Mehr...](#)

(Spürnase: Werner)